

Hochschulbildung aus ökonomischer Perspektive

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildung und Begründung von Staatseingriffen in den «Hochschulmarkt»

Positionspapier des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften VSS

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die ökonomische Bedeutung von Hochschulbildung	2
3. Die Lebenseinkommen von Akademiker/innen im Vergleich mit denjenigen von Absolvent/innen anderer Ausbildungsgänge	2
4. Die Rolle des/der Studierenden.....	3
5. Die Finanzwissenschaft: eine kurzer Einblick in die Lehre von Markt und Staat	3
6. Die Finanzierung von Hochschulbildung	4
7. Das Angebot an Hochschulbildung.....	5
8. Schlussfolgerungen	7
9. Forderungen des VSS	7
Literaturverzeichnis.....	8

1. Einleitung

In den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden in den entwickelten Ländern deutlich häufiger Liberalisierungen, Deregulierungen und Privatisierungen des öffentlichen Sektors durchgeführt. Auch in der Schweiz wurden Telekommunikation, Post, Eisenbahn und dergleichen (teilweise) dem Markt übergeben. Dabei blieb das Bildungswesen von einer solchen Entwicklung ausgenommen: Abgesehen von Weiterbildung wird Ausbildung heute grösstenteils bis vollständig staatlich finanziert und staatlich angeboten.

Aufgrund des allgemeinen Trends in Richtung Markt und der Tatsache, dass im Bildungswesen viel Geld verdient werden kann, ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch die Bildung wieder zu einem handelbaren, privaten Gut wird, das jeder anbieten kann und jede/r Konsumierende selbst finanzieren muss (so genannte «Ökonomisierung» oder «Kommodifizierung»). Da gerade die Hochschulbildung¹ ein besonders lukrativer Markt ist, steht sie im Zentrum der Ökonomisierungsbestrebungen². Dabei argumentieren die Befürworter einer Liberalisierung bzw. Privatisierung der Hochschulbildung vorwiegend ökonomisch: Die eingetretene weltweite Überlegenheit der Marktwirtschaft sei ein starkes Indiz dafür, dass der freie Markt auch in der Hoch-

¹ In diesem Papier werden unter dem Begriff «Hochschulen» Universitäten, Fachhochschulen und dergleichen subsumiert.

² Beispielsweise zielen die GATS-Abkommen (Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen innerhalb der WTO) darauf hin, den staatlichen Bildungsbereich dem Markt zu öffnen (siehe hierzu das Positionspapier des VSS gegen GATS).

schulbildung zu einer Erhöhung von Qualität und Wohlstand führen wird. Gerade diese ökonomische Argumentation macht es für den VSS zweckmässig, Hochschulbildung vertieft aus ökonomischer Perspektive zu betrachten. Spricht sich die Volkswirtschaftslehre dafür aus, die Hochschulen zu privatisieren und die Studienkosten den Studierenden anzulasten (z.B. mittels hoher Studiengebühren)? Das vorliegende Positionspapier geht diesen und ähnlichen Fragen nach und analysiert Hochschulbildung aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Zum Teil im Gegensatz zu anderen Papieren, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen (z. B. Crédit Suisse 2001), wird dabei auf die ökonomische Theorie zurückgegriffen unter Verweis auf die Erkenntnisse bedeutender Ökonomen³. Dies bedingt auch eine ökonomische Ausdrucksweise.

Das Positionspapier ist wie folgt aufgebaut: Im zweiten Abschnitt wird auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildung eingegangen. Im dritten Abschnitt werden die Lebenseinkommen von Akademiker/innen und von Absolvent/innen anderer Ausbildungsgänge untereinander verglichen. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit der Rolle des/der Studierenden im Hochschulwesen. In den darauffolgenden drei Abschnitten wird aus ökonomischer Sicht betrachtet, ob ein freier Markt für Hochschulbildung funktionieren kann. Dabei wird im fünften Abschnitt kurz in die Finanzwissenschaft, die so genannte Lehre von Markt und Staat, eingeführt. Deren Prinzipien werden dann im sechsten Abschnitt auf die Finanzierung von Hochschulbildung und im siebten Abschnitt auf das Angebot an Hochschulbildung übertragen. Schlussfolgerungen fassen die wichtigsten Erkenntnisse zusammen. Darauf basierend stellt der VSS Forderungen an die Entscheidungsträger/innen.

2. Die ökonomische Bedeutung von Hochschulbildung

Die Theorie des endogenen Wachstums (z.B. Romer 1990) geht davon aus, dass Humankapital (menschliche Fähigkeiten, Know-how etc.), welches durch Bildung akkumuliert wird, eine der entscheidenden Grössen für das Wirtschaftswachstum ist. Neue Studien zeigen, dass mehr Humankapitalakkumulation – und somit insbesondere mehr Hochschulbildung – zu mehr Wachstum führt (Hanushek und Kim 1995; Hanushek und Kimko 2000). Hochschulbildung ist damit zentral für den Wohlstand eines Landes, sofern – aus einer nationalen Perspektive – auch genügend Akademiker tatsächlich in diesem Land leben (keine so genannte einseitige Mobilität). Gerade in der wissensbasierten Volkswirtschaft der entwickelten Länder kommt der Akkumulation von Humankapital und somit der Hochschulbildung eine entscheidende Rolle zu. Kürzungen der Ausgaben für Hochschulbildung sind damit nicht nur unsozial, sondern auch schädlich für die schweizerische Volkswirtschaft.

3. Die Lebenseinkommen von Akademiker/innen im Vergleich mit denjenigen von Absolvent/innen anderer Ausbildungsgänge

Häufig ist von den Befürwortern einer Ökonomisierung der Hochschulbildung das folgende Argument zu hören: Wenn die individuellen Erträge der Hochschulbildung sehr hoch sind, also ein Akademiker sozusagen im Lebenszyklus überdurchschnittlich viel verdient, sollten auch die Kosten den Individuen angelastet werden, sprich die Kostenbeteiligung an der Hochschulfinanzierung sollte mittels Studiengebühren entsprechend hoch sein (z.B. Straubhaar und Winz 1992, S. 70). Allerdings zeigen Studien für die Schweiz, durchgeführt vom Bildungsökonomieexperten Wolter und vom seco-Arbeitsmarktforscher Weber, dass zwischen den nachobligatorischen Ausbildungsgängen (Berufslehre, Maturität, Hochschule etc.) in den Lebenseinkommen praktisch keine Differenzen festzustellen sind (Wolter und Weber 1999, S. 617)⁴. Wer beispielsweise eine Maturität absolviert hat, stellt sich mit dem Besuch einer Hochschule finanziell nicht besser. Wolter und Weber schlussfolgern daher, dass ein Universitätsstudium «zu keinen finanziellen Vorteilen führt, aufgrund derer alleine eine stärkere Beteiligung der Bildungsnachfrager an den Bildungskosten zu motivieren wäre» (Wolter und Weber 1998, S. 13).

³ Die beiden Hauptzitierten sind Prof. Dr. Joseph E. Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften im Jahr 2001 und ehemaliger Chefökonom der Weltbank, und Dr. Stefan C. Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) und Mitglied des Governing Board des Centre for Educational Research and Innovation (CERI) der OECD.

⁴ Die Lebenseinkommen werden dabei mittels der Bar-Wert-Methode – analog dem Messen einer Investition in der Privatwirtschaft – berechnet. So sind die erwarteten Lebenseinkommen aus Sicht eines/einer 16-Jährigen gleich hoch, egal welche nach-obligatorische Ausbildung (Berufslehre, Maturität, Hochschule etc.) er/sie wählt.

4. Die Rolle des/der Studierenden

Die Befürworter einer Vermarktung der Hochschulbildung vergleichen gerne den Studierenden mit einem/einer Konsumierenden in einem «normalen» Markt, da der/die Studierende das Gut Hochschulbildung konsumiert. Allerdings zeigt ein zweiter Blick, dass der/die Studierende kaum dem/der typischen Konsumierenden in der Marktwirtschaft entspricht:

- Wenn jemand eine bestimmte Sorte Eistee kauft, kann er ziemlich gut abschätzen, was er einkauft. Hingegen sind die Eigenschaften des Gutes Hochschulbildung beim Kauf unklar: Hochschulbildung wird zu einem grossen Teil während des Studiums vom Dozenten und dem/der Studierenden gemeinsam «produziert» wird. Aufgrund dessen kann der/die Studierende weder das Resultat noch den Nutzen seiner Ausbildung im vornherein exakt bestimmen.
- Die Tatsache, dass die Erträge von Hochschulbildung erst in der langen Frist anfallen, erschwert es dem/der Studierenden, eine Kosten-Nutzen-Analyse zu machen, wie sie beim Kauf eines Eistees möglich ist. Weil zudem langfristige Erträge generell unterbewertet werden, wird ein rationaler Entscheid, wie er von Konsumierenden in der Marktwirtschaft üblicherweise vorausgesetzt wird, nahezu verunmöglicht.

Studierende sind somit weder reine Konsumierende noch Produkt ihrer Ausbildung, da sie gemeinsam mit den Dozierenden das Gut Hochschulbildung produzieren, beispielsweise durch Unterrichtspartizipation, kritisches Mitdenken, Seminararbeiten etc. Studierende mit Konsumierenden in anderen Märkten zu vergleichen ist daher ein äusserst fragwürdiges Unterfangen.

5. Die Finanzwissenschaft: eine kurzer Einblick in die Lehre von Markt und Staat

Um in den Abschnitten 6 und 7 die Fragen, ob die Studierenden ihre Ausbildung selber finanzieren sollen und ob privat betriebene Hochschulen staatlichen Hochschulen überlegen sind, aus ökonomischer Sicht zu klären, muss tiefer in die Details der Theorie, in die Volkswirtschaftslehre, eingestiegen werden. Wie in allen Sozialwissenschaften existieren auch in der Ökonomik zahlreiche Theorien, die das Verhalten des Menschen erklären⁵. Trotz dieser Vielfalt ist festzustellen, dass sich die so genannt neoklassische Theorie als die dominante ökonomische Lehre durchsetzen konnte, vor allem in den letzten Jahrzehnten. Aus diesem Grund und weil die meisten Politiker/innen und Professor/innen die neoklassische Theorie meinen, wenn sie sich in der Diskussion über Hochschulbildung eines ökonomischen Wortschatzes bedienen, wird die Hochschulbildung mit Hilfe der neoklassischen Theorie ökonomisch analysiert.

Die Neoklassik geht davon aus, dass jedes Individuum seinen persönlichen Nutzen maximiert⁶ (vgl. Stiglitz 2000, S. 55–63). Die Maximierung des persönlichen Nutzens führe zur Maximierung des Nutzens aller bzw. der gesellschaftlichen Wohlfahrt («unsichtbare Hand»). Freie Märkte liessen eine Verteilung (Allokation) entstehen, die effizient ist: Niemand könne mehr besser gestellt werden, ohne dass jemand anderem etwas weggenommen wird (Pareto-Effizienz). Diese Effizienz ist der Massstab der Ökonomik⁷. Damit ist die Neoklassik eine der marktfreundlichsten ökonomischen Lehren.

Allerdings hängt gemäss Ökonomik diese Überlegenheit des Marktes als Zuteilungssystem von Gütern von einer Reihe von Bedingungen ab (vgl. Stiglitz 2000, S. 77–85). Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, führt das freie Spiel der Marktkräfte nicht zu einer effizienten Allokation der Güter. Die bekannteste Ursache eines solchen Marktversagens ist unvollständiger Wettbewerb als Folge von Monopolen oder Kartellen. In Fällen von Marktversagen ist es gemäss Ökonomik notwendig, dass der Staat (oder eine andere Institution) eingreift und somit – im besten Fall – eine effiziente Allokation herbeiführt (beispielsweise durch das Verbot von Kartellen).

In den folgenden beiden Abschnitten wird dargelegt, inwiefern bei der Hochschulbildung die Bedingungen für einen funktionierenden Markt erfüllt sind oder ob Marktversagen existiert. Dabei ist es zweckmässig, zwischen zwei Bereichen bzw. zwei Fragen zu unterscheiden:

⁵ Am bekanntesten sind vermutlich die neoklassische, die keynesianische und die marxistische Theorie.

⁶ «Nutzen»maximierung bezeichnet nicht nur die Maximierung von materiellen Bedürfnissen, sondern ebenfalls von schwer zu messenden Dinge wie Glück, Gesundheit, persönliches Wohlbefinden etc.

⁷ Im Folgenden werden Ökonomik und neoklassische Ökonomik synonym verwendet.

- **Finanzierung der Hochschulbildung:** Sollen die Kosten der Hochschulbildung vom Staat oder von den Studierenden getragen werden (öffentliche vs. private Finanzierung)⁸? Die Kosten der Hochschulbildung im engeren Sinn sind die Kosten des Hochschulbetriebs, wie Verwaltung, Professorenlöhne etc. (*Hochschulfinanzierung*). Im weiteren Sinn umfassen die Kosten der Hochschulbildung zusätzlich die indirekten Kosten des Studiums (entgangener Einkommensausfall), wenn angenommen wird, dass Studieren eine Vollzeitbeschäftigung ist, welche eine Erwerbstätigkeit nicht erlaubt und somit ein selbst erwirtschaftetes Einkommen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, ausschliesst. Diese indirekten Kosten können in der Praxis – wenn auch ökonomisch nicht ganz korrekt – als Lebenshaltungskosten bezeichnet werden (*Studiumsfinanzierung*).
- **Angebot an Hochschulbildung:** Sollen die Eigentümer der Hochschulen private Unternehmen oder der Staat sein bzw. sollen somit die Hochschulen von Privaten oder vom Staat betrieben werden?

6. Die Finanzierung von Hochschulbildung

Gemäss Finanzwissenschaft treten bei der Finanzierung der Hochschulbildung zwei Marktversagen auf:

- **Positive externe Effekte:** Externe Effekte liegen vor, wenn von einer Handlung nicht nur der Handelnde, sondern auch andere betroffen sind, diese Betroffenheit allerdings nicht über den Preis abgegolten wird. Neben der berühmten negativen Externalität der Umweltverschmutzung gibt es auch positive Externalitäten: Wenn sich jemand impfen lässt, profitieren davon auch seine Mitmenschen, ohne dem Impfenden hierfür beispielsweise einen Teil der Impfkosten zu zahlen. Wenn aber die Mitmenschen diesen Teil der Impfkosten decken würden, liessen sich mehr Menschen impfen, da impfen billiger geworden ist. Die private Finanzierung des Impfens führt daher zu einer ineffizienten Allokation, zu einem Marktversagen, analog dem Marktversagen bei der Umweltverschmutzung (vgl. Stiglitz 2000, S. 214–217).

Ähnlich der Situation beim Impfen profitiert auch nicht nur der/die Studierende von Hochschulbildung, sondern die gesamte Gesellschaft. Auf der Mikroebene liegen neben privatem Nutzen der Hochschulbildung auch gesellschaftliche Erträge (externe Effekte) durch tiefere Gesundheitskosten (höher Gebildete nehmen weniger Gesundheitsleistungen in Anspruch) und tiefere Kriminalität⁹ vor (Wolter 2001, S. 15). Weitere gesellschaftliche Nutzen sind tiefere Arbeitslosigkeit und tiefere Sozialausgaben. Zudem ist eine breite und differenzierte Bildung Voraussetzung für eine Demokratie mit komplexen Fragestellungen (McMahon 1987, S. 134 f.). Letzterem kommt gerade in der Schweiz als halbdirekter Demokratie starke Bedeutung zu. Auf der Makroebene ist die Akkumulation von Humankapital eine der entscheidenden Grössen für das Wirtschaftswachstum (siehe Abschnitt 2.). Wenn sich mehr Menschen ausbilden lassen, erhöht dies das Wachstum, wovon auch solche, die keine Hochschulbildung genossen haben, profitieren können (höhere Einkommen, tiefere Arbeitslosigkeit etc.).

Bei einer Finanzierung des Studiums durch den/die Studierende/n würde dieser/diese – wie beim Impfen – die Kosten (des Studiums) dem eigenen privaten Nutzen gegenüberstellen. Die erwähnten Nutzen der Gesellschaft blieben unberücksichtigt. Somit werden diejenigen Studiumswilligen, deren Kosten zwar tiefer als der gesamtgesellschaftliche Nutzen (individueller und gesellschaftlicher Nutzen), aber höher als die individuellen Nutzen sind, nicht studieren. Dabei geht der zusätzliche gesellschaftliche Nutzen verloren. Ökonomisch gesehen ist bei privater Studienfinanzierung somit nur der individuelle Nutzen maximiert, nicht aber der gesamtgesellschaftliche Nutzen. Es liegt ein Marktversagen vor.

- **Imperfekte Kapitalmärkte:** In einem funktionierenden Markt würden – wie oben beschrieben – diejenigen studieren, deren Studienutzen die Studienkosten übersteigen würde. Da aber die Kosten unmittelbar anfallen und sofort gedeckt werden müssen, können wenig wohlhabende Menschen nicht studieren gehen. Bei perfekten Kapitalmärkten würden die Banken «intelligenten» Studierenden, die aus weniger wohlhabenden Familien stammen,

⁸ Unberücksichtigt bleibt dabei, dass auch die Finanzierung durch private Unternehmen möglich ist. Diese ist für die folgende Analyse irrelevant.

⁹ Studien zeigen, dass auch die Kinder, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, weniger gewalttätig sind als Kinder, deren Eltern eine tiefere Ausbildung absolviert haben.

Kredite geben. In der Realität sind die Kapitalmärkte allerdings nicht perfekt: Aufgrund von verschiedenen Risiken auf der Darlehensgeberseite (Banken) als auch der Darlehensnehmerseite (Studierende/r) kommt diese Finanzierung des Studiums nicht zustande, z.B. weil beide Seiten nicht die zukünftigen Einkünfte des Studierenden genau voraussagen können und eine solch risikofreudige «Investition» daher nicht tätigen möchten (vgl. Straubhaar und Winz 1992, S. 75–78). Als Folge sehen sich die Eltern und Studiumswilligen Kreditrestriktionen gegenüber, welche dazu führen, dass zu wenig Menschen auf Hochschulebene ausgebildet werden. Somit würden bei privater Studienfinanzierung nur Studierende aus wohlhabenden Familien studieren können, was ökonomisch ineffizient ist, da viele Menschen vom Studium abgehalten werden, deren Studium für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft vorteilhaft ist¹⁰.

Gemäss Finanzwissenschaft muss bei solchen Marktversagen das entsprechende Gut öffentlich finanziert werden. Damit wird die Nachfrage dieses Gutes derart erhöht, dass die Allokation effizient ist. Aus ökonomischer Perspektive ist somit eine hohe bis vollständige staatliche Finanzierung der Hochschulbildung angebracht. Darunter fallen auch die Lebenshaltungskosten (Studiumsfinanzierung).

7. Das Angebot an Hochschulbildung

Bei der Hochschulbildung stellt sich die Frage, ob in einem privaten Hochschulwesen Wettbewerb möglich ist¹¹. Wie im 5. Abschnitt erwähnt, hängt in der Ökonomik das Zustandekommen von Wettbewerb von zahlreichen Bedingungen ab. Auf Seiten der Studierenden (Nachfrage) existieren verschiedene Unvollkommenheiten, welche in anderen Märkten nicht oder kaum existieren:

- Die Studierenden verfügen **nicht über vollkommene Information**: Wie bereits im vierten Abschnitt beschrieben, ist beim «Kauf» von Hochschulbildung der Nutzen der Ausbildung kaum vorherzusagen. Der/die Studierende weiss nicht, wie gut die Qualität der Ausbildung ist, wie hoch der Lohn nach der Ausbildung ist, welche Studienrichtung in einigen Jahren die gefragteste sein wird etc.
- Es existiert **Unsicherheit**: Da der Kauf von Hochschulbildung eine langfristige Investition ist, ist er unsicher und sehr risikobehaftet (Winston 1999, S. 15). Der Umgang mit Risiko spielt also eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung des/der Studierenden. Zu welchem Ergebnis dieses Vorhandensein von Risiko führt, also wie viel Risiko der/die Studierende auf sich zu nehmen bereit ist, hängt unter anderem vom sozialen und kulturellen Hintergrund ab, vom Einkommen usw. Die Entscheidung zu studieren hängt somit nicht einfach von einer Kosten-Nutzen-Analyse ab.
- Es liegen **Transaktionskosten** vor: Bei jedem Kauf treten Transaktionskosten auf, da Informationsbeschaffung kostet und kostenloses «Beamen» der Güter nicht möglich ist. Bei der Hochschulbildung sind diese Transaktionskosten allerdings deutlich höher als in den meisten anderen Märkten: Beim Kauf von Eistee kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der/die Konsumierende die Sorte kauft, die das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist, da er zwischen mehreren in Reichweite gelegenen Verkaufsläden und mehreren Sorten auswählen kann und es ziemlich einfach für ihn ist, sich Informationen über die Qualität der verschiedenen Eisteesorten zu beschaffen. Allerdings kann der/die Studiumswillige – im Gegensatz zum Eistee konsumierenden – kaum zwischen x gleich nahe gelegenen Hochschulen entscheiden. Vielmehr liegen aufgrund unterschiedlich langer Reisewege unterschiedlich hohe Transportkosten vor, welche die Entscheidung, wo studiert werden soll, verzerren. Zweitens würde ein rationaler «Kauf» von Hochschulbildung bedingen, dass der Studiumswillige zumindest Bescheid weiss über die Inhalte und Qualität aller Studiengänge. Dies ist allerdings mit derart hohen Informationskosten verbunden, sodass der/die Studiumswillige nicht alle Informationen einholt.

¹⁰ Diese Problematik kann durch staatliche Darlehen nur leicht abgeschwächt, nicht aber gelöst werden, da zu erwarten ist, dass auch ein staatliches Darlehenssystem abschreckend wirken würde: Erstens ist in der Praxis nicht sicher, ob jeder ein solches Darlehen erhält, und zweitens hält die Rückzahlungspflicht risikofeindliche Personen vom Studium ab. Hinzu kommen die hohen administrativen Kosten des Darlehenssystems.

¹¹ Die folgenden Ausführungen gelten neben der Privatisierung der Hochschulen auch für die Einführung von so genannten Marktinstrumenten im staatlichen Hochschulwesen, beispielsweise für Bildungsgutscheine und leistungsorientierte Finanzierung.

- **«Voting with the feet» ist nicht möglich:** Wenn der bisher konsumierte Eistee teurer wird oder eine andere Eisteesorte nun besser schmeckt, kann der/die Konsumierende problemlos auf eine andere Eisteesorte und/oder einen anderen Verkaufsladen ausweichen («voting with the feet»). Dies ist ein typisches Merkmal der Marktwirtschaft, welches den vollkommenen Wettbewerb garantiert. Hingegen kann ein/eine Studierende/r nicht inmitten seiner Ausbildung die Hochschule wechseln, weil diese die Studiengebühren erhöht hat oder die Ausbildungsqualität schlechter geworden ist. Solche Wechsel sind mit derart hohen Kosten verbunden (fragliche Leistungsanerkennung, Verlust eines oder mehrerer Semester etc.), sodass der/die Studierende die Hochschulbildung bis zum Studiumsabschluss an derselben Hochschule konsumiert.

Dass heutzutage 69% der Universitäts- und ETH-Studierenden in der Schweiz die Universität wählen, die ihrem Herkunftsort am nächsten liegt (mit Ausnahme der Sprache, die noch stärkeren Einfluss hat; Meyer 1999), legt den Schluss nahe, dass zahlreiche Studierende nicht diejenige Hochschule wählen, deren Qualität am besten ist und deren Ausbildung demzufolge die höchste Rendite abwirft. Andere Aspekte (Transaktionskosten, gleiche Sprache, «bekanntes» Umfeld einer Hochschule mit Kolleginnen und Kollegen etc.) werden zum Teil höher bewertet als die langfristigen Investitionsaspekte.

Auf Seiten der Hochschulen (Angebot) gibt es ebenfalls Marktunvollkommenheiten:

- Es liegt **Heterogenität der Güter** vor: Damit vollkommener Wettbewerb entstehen kann, müssen die Güter homogen sein, das heisst die gleichen Eigenschaften ausweisen. Beim Eistee ist dies nahezu der Fall, nur leichte Geschmacksunterschiede sind auszumachen. Hingegen sind die von den Hochschulen angebotenen Güter stark heterogen. Die Studiengänge unterscheiden sich in London, Paris oder Rom – aber auch innerhalb eines Landes – erheblich. Wer in der Schweiz beispielsweise Politikwissenschaften studieren möchte, kann auswählen zwischen «Internationalen Beziehungen» an der Universität Genf, dem institutionellen und vergleichenden Ansatz in Bern, dem philosophischen Ansatz in Zürich und einem Mix in Lausanne. Zudem existieren Sprachbarrieren, da an den Universitäten Genf und Lausanne in Französisch, an den Universitäten Bern und Zürich hingegen in Deutsch unterrichtet wird. Die Hochschulen stehen daher aufgrund unterschiedlicher Produkte – wie beispielsweise ein gutbürgerliches Restaurant und ein mexikanisches Restaurant in einer Stadt – nur bedingt im Wettbewerb miteinander (so genannte monopolistische Konkurrenz).
- Es findet eine **Selektion von Studierenden** statt: Auf einem freien Markt für Eistee ist es kaum sinnvoll, dass der Anbieter bestimmte Konsumierende vom Kauf abhält, da dies lediglich den Gewinn schmälern würde. Eine solche Rationierung wäre auch nur unter hohen Kosten, z.B. Abweisung von missliebigen Personen am Ladeneingang, durchsetzbar. Hingegen kann aus Sicht der Hochschulen eine Rationierung der angebotenen Menge sinnvoll und möglich sein, da die Konsumierenden nicht die gleichen Eigenschaften aufweisen und Zugangshürden verhältnismässig leicht implementierbar sind (vgl. Winston 1999, S. 18, 23). Zu ersterem: Die besten Kunden von Hochschulbildung sind Studierende mit grosser Begabung, da ihre Ausbildungskosten am tiefsten und sie für das Prestige der Hochschule am besten sind. Hochschulen haben somit einen starken Anreiz, die Studiumswilligen zu selektionieren, wie es beispielsweise in zahlreichen Ländern die Krankenkassen bei der Auswahl ihrer Kunden tun¹². Zum zweiten Punkt: Solche Selektionsinstrumente sind denkbar einfach einzuführen, indem die Hochschulen Eignungstests kreieren und beispielsweise festschreiben, die schlechtesten 20% nicht zum Studium zuzulassen. Tatsächlich lässt sich in den USA beobachten, dass die privaten Hochschulen prozentual mehr Studiumswillige nicht zum Studium zulassen als die öffentlichen Hochschulen (Winston 1999, S. 28, Tabelle 2).

Aufgrund all dieser Wettbewerbsversagen sind die Hochschulen nicht wie übliche Anbieter dazu verpflichtet, sich dem Wettbewerbsdruck zu beugen. Es wird sich daher eine Situation einstellen, die weit von der effizienten Situation entfernt ist, wie sie in anderen Märkten erreicht werden kann. Zudem ist das Ergebnis, zu dem die freien Marktkräfte führen, auf einem solch unvollständigen Markt nahezu nicht voraussehbar.

¹² Selbst staatliche Auflagen, z.B. ein Verbot von Zulassungshürden, kann diese Selektionierung nicht verhindern, wie gerade das Beispiel der Krankenkassen zeigt: Obwohl es in den meisten Ländern die Pflicht der Krankenkassen ist, jeden Kunden aufzunehmen, selektionieren diese gute und schlechte Risiken beispielsweise über unterschiedlich schnelle und unterschiedlich freundliche Behandlung.

Aufgrund dessen dürfte es kaum Fälle geben, in denen von privaten Unternehmen betriebene Hochschulen staatlichen Hochschulen aus ökonomischer Sicht vorzuziehen sind. Bei gleichen Finanzmitteln und einer einigermaßen guten Administration, welche sich um die Vielfalt und die Qualität der Ausbildung kümmert sowie langfristig denkt, schneiden staatliche Hochschulen besser ab. Dabei ist zu erinnern, dass die gegenwärtigen Probleme bei den staatlichen Hochschulen eben nicht auf ihren Öffentlichkeitscharakter zurückzuführen sind, sondern auf die seit Jahrzehnten andauernde Unterfinanzierung: In den meisten Ländern sind die öffentlichen Gelder für Hochschulen viel weniger angestiegen als die Anzahl Studierende; zu diesen Ländern gehört auch die Schweiz (OECD 2000, S. 66 f.).

8. Schlussfolgerungen

Die ökonomische Betrachtung der Hochschulbildung hat vor allem zwei Dinge gezeigt:

- Hochschulbildung – und Bildung im Allgemeinen – in ausreichender Quantität und von guter Qualität ist von entscheidender Bedeutung für die mittel- und langfristige Entwicklung von Volkswirtschaft und Gesellschaft.
- Wenn sich ein/e 16-Jährige/r zwischen einer nach-obligatorischen Ausbildung (Berufslehre, Maturität, Hochschule etc.) entscheidet, sind die erwarteten Erträge dieser Investition in das eigene Humankapital (bzw. das so errechnete Lebenseinkommen) gleich hoch.
- Aufgrund zahlreicher Marktversagen und der Besonderheiten des Gutes Hochschulbildung ist es gar nicht möglich, einen funktionierenden Markt an Hochschulbildung mit privater Studienfinanzierung und privaten Hochschulen zu erzeugen. Staatliche Studienfinanzierung und staatlich betriebene Hochschulen sind der bessere Garant für eine effiziente Allokation an Hochschulbildung.

Diese Befunde sind aufgrund von zwei Aspekten interessant. Erstens steht die ökonomische Betrachtungsweise der Hochschulbildung damit nicht diametral der sozialen und der ethischen Betrachtungsweise der Hochschulbildung entgegen, welche nicht die Effizienz, sondern Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie an den Hochschulen, Lehr- und Forschungsvielfalt und dergleichen als Kriterien kennen. Vielmehr scheint die ökonomische Betrachtungsweise eher Hand in Hand mit diesen beiden anderen Betrachtungsweisen zu gehen. Zweitens konnte selbst unter sauberer Verwendung der neoklassischen Ökonomik, welche wie erwähnt eine der marktfreundlichsten Lehren der Ökonomik ist, nachgewiesen werden, dass die Ökonomisierung des Gutes Hochschulbildung schlechter ist als ein vollkommen staatliches Hochschulsystem.

Diese Befunde zeigen aber auch, dass die vorgebrachten angeblich ökonomischen Argumente für eine Liberalisierung bzw. Privatisierung der Hochschulbildung einer ökonomischen Überprüfung nicht standhalten. Es ist daher für Wirtschaft und Gesellschaft gefährlich, das Gut Hochschulbildung als privates Gut zu betrachten, das dem freien Markt überlassen werden kann. Die globalen Bestrebungen im Rahmen des GATS und die Tendenzen in der Schweiz gehen daher in die falsche Richtung. Die richtige Richtung ist, die Hochschulbildung dem Staat anzuvertrauen und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochstehende Hochschulbildung zu gewährleisten. Nur so kann eine gesunde Entwicklung von Volkswirtschaft, Gesellschaft und studiumswilligen Individuen garantiert werden.

9. Forderungen des VSS

Aufgrund dieser Erkenntnisse stellt der VSS folgende Forderungen:

- Der VSS fordert, dass die Hochschulen vollkommen staatlich finanziert sind. Eine Finanzierung durch die Studierenden (z.B. Studiengebühren) oder durch private Unternehmen darf es nicht geben. Hochschulbildung ist – wie jede Ausbildung – Teil des Service Public.
- Der VSS fordert kostendeckende Stipendien und damit eine vollkommen staatliche Finanzierung der Lebenshaltungskosten der Studierenden (Teil der indirekten Studiumskosten). Weiter fordert der VSS gesellschaftspolitische Massnahmen, welche dazu führen, dass jedes Kind eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung erhält.
- Der VSS fordert, dass auf Verfassungsebene festgesetzt und auf Gesetzebene konkretisiert wird, dass es nur öffentlich betriebene Hochschulen geben darf.
- Der VSS fordert, dass die einzige Ressource der Schweiz, die Ausbildung, gepflegt wird. Der VSS fordert daher mehr Finanzen für die Hochschulen. Diese sollen zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse eingesetzt werden (mehr Dozierende, grösseres Veranstaltungsangebot). So kann die Qualität der Hochschulbildung gehalten und verbessert werden.

Literaturverzeichnis

- Crédit Suisse (2001), *Bildungspolitik als Schlüsselfaktor der Wissensgesellschaft. Economic Briefing Nr. 24*. Zürich
- Hanushek, E.A. und D. Kim (1995), «Schooling, labour force quality, and economic growth». NBER Working Paper 5399
- Hanushek, E.A. und D.D. Kimko (2000), «Schooling, labour force quality, and the growth of nations», *American Economic Review*, 90 (5), S. 1184–1208.
- McMahon, W.W. (1987), «Externalities in education», in G. Psacharopoulos (ed.), *Economics of education. Research and studies*. Oxford usw.: Pergamon Press, S. 133–137.
- Meyer, A.H. (1999), *Einzugsgebiete der universitären Hochschulen in der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik BFS (Hrsg.)
- OECD (2000), *OECD in Figures 2000, Statistics on the member countries*, Paris
- Romer, P. (1990), «Endogenous technological change», *Journal of Public Economy*, 99 (5), S. 71–102.
- Stiglitz, J.E. (2000), *Economics of the public sector*. New York, London: Norton (Third Edition)
- Straubhaar, T. und M. Winz (1992), *Reform des Bildungswesens. Kontroverse Aspekte aus ökonomischer Sicht*. Sozioökonomische Forschungen Band 27. Bern etc.: Haupt
- Winston, G.C. (1999), «Subsidies, hierarchy and peers: the awkward economics of higher education», *Journal of Economic Perspectives*, 13 (1), S. 13–36.
- Wolter, S.C. (2001), *Bildungsfinanzierung zwischen Markt und Staat*. Chur & Zürich: Rüegger Verlag
- Wolter, S.C. und B.A. Weber (1998), «Der monetäre Nutzen von Bildung», *Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, 9, S. 10–15.
- Wolter, S.C. und B.A. Weber (1999), «On the measurement of private rates of return to education», *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 218/5+6, S. 605–618.

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung des VSS am 16. November 2002